

ist; zudem befragt sie Nichts über die Frage, wann in dem — neu erworbenen — Gebietsheile die Preussische Verfassung ins Leben treten, und welches Recht und Gesetz überhaupt in demselben gelten soll. Die darauf bezüglich, unten mitgetheilte Kabinettsordre vom 29. März 1837 vermag nicht auszuheilen, denn sie gilt nur für diejenigen Bundesheile, welche zur Zeit ihres Erlasses den Preussischen Staat bildeten; außerdem kann seit Emanation der Verfassungsurkunde über die Veränderung des Rechtszustandes nicht anders, als durch ausdrücklich hierauf gerichtetes Gesetz entschieden werden.

Kabinettsordre vom 29. März 1837, betreffend die Anwendung der Preussischen Gesetze in denjenigen Orten, welche bei Grenzregulirungen als Gebietstheile der Monarchie anerkannt oder in Folge eines Austausches an dieselbe abgetreten worden sind. (Hef.-Samml. S. 71.)

Auf den beifolgenden Bericht der Minister der Justiz und der anverwandten Angelegenheiten habe ich nach dem Vortrage derselben wegen Anwendung der Preussischen Gesetze in denjenigen Orten, welche bei Grenzregulirungen auf den Grund abgeschlossener und beendeter Grenzregrie als Gebietstheile der Monarchie anerkannt, oder in Folge eines Austausches an dieselbe abgetreten worden sind, aber sich noch in der Verhandlung befinden, folgende Bestimmungen erlassen:

1. In allen Fällen, in denen die Grenzregulirung nur verhandelte und ungenügte Grenzen festgestellt hat, sind die Preussischen Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, die in denjenigen Gerichtsbezirken gelten, dem die bisher streitigen Gebietstheile definitiv überwiesen sind, auch in die letztern durch die ursprüngliche Publikation für eingeführt zu achten.
2. Dagegen sollen in denjenigen Gebietstheilen, welche seit Einführung der Preussischen Gesetzgebung in die neu- und wiedererworbenen Provinzen in Folge abgeschlossener Grenzregulirungsgesetze an Preußen neu abgetreten worden, die Preussischen Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, insofern sie nicht schon seit auf den Grund besonderer Bestimmungen darin angewendet werden, vom 1. Juli d. J. ab unter Beobachtung der Grundzüge desjenigen Patentes in Kraft treten, wodurch die definitive Gesetzgebung in die Provinz, zu welcher das neu erworbene Gebiet fortan gehört, neu oder wieder eingeführt werden ist.
3. Nach diesen Bestimmungen (1 und 2) soll in allen Fällen verfahren werden, in welchen Mängeln, zu Folge der mit benachbarten Staaten abgeschlossenen Grenzregrie, entweder unvollständige oder verhandelte Grenzen festgestellt worden oder Gebietsabtretungen stattgefunden haben, wobei ich Sie, die Minister der Justiz und des Innern und der Polizei, ermächtige, in solchen Fällen den Zeitpunkt, mit welchem die Preussische Gesetzgebung in das neu erworbene Gebiet eingeführt werden soll, durch ein in die Amtsblätter der betreffenden Provinz aufzunehmendes Publikandum zu bestimmen.

Das Staatsministerium hat diesen Erlass durch die Gesammmlung und durch die Amtsblätter der betreffenden Provinzen bekannt zu machen.

Berlin, den 29. März 1837.

Friedrich Wilhelm.

B. Seit Emanation der Verfassungsurkunde sind folgende die Grenzen des Staatsgebietes verändernde Akte zu verzeichnen:

1. Gesetz über die Vereinigung der hohenzollernschen Fürstenthümer mit dem Preussischen Staatsgebiet vom 12. März 1850 (Hef.-Samml. S. 289);
2. Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg, betreffend die Unterthanen des maritimen Schutzes des Oldenburgischen Seehandels und der Oldenburgischen Seeschiffahrt durch Preußen und die dagegen von Oldenburg an Preußen geleistete Währung zweier Gebietstheile am Jadebusen zur Aufhebung eines Kriegszustandes, vom 20. Juli 1853. Neßl Vertrag vom 1. Dezember 1853 (Hef.-Samml. 1854 S. 63);
3. Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg, betreffend die weitere Entwidlung der durch den Vertrag vom 20. Juli 1853 begründeten Seehandels, vom 16. Dezember 1854 (Hef.-Samml. 1855 S. 304);
4. Gesetz, betreffend die Veränderung der Abgrenzung des Jadegebietes, vom 28. März 1853 (Hef.-Samml. S. 119);
5. Gesetz, betreffend die Vereinigung des holländischen Panner, des holländischen Panner, des holländischen Panner und der freien Stadt Aachen mit der Preussischen Monarchie, vom 20. September 1856 (Hef.-Samml. S. 555);